

stark von den strukturellen Verhältnissen abhängig sind und sich nicht einfach von einem Land auf das andere übertragen lassen.

Abschließend lässt sich ein durchweg positives Fazit über den Sammelband von Eberwein et al. ziehen. Das Buch ist die neue Standardlektüre für alle Wissenschaftler, die sich mit Mediensebstkontrolle beschäftigen. Es ist das einzige aktuelle Werk, das eine systematisch aufgearbeitete Gesamtschau von unterschiedlichen Instrumenten der Mediensebstkontrolle liefert und damit eine exzellente Ausgangslage für die eigene Forschung bietet. Praktiker aus dem Journalismus, Medienpolitik und Selbstregulierung dürften den Band ebenfalls mit Gewinn lesen, da die Länderberichte zum Nachdenken anregen, wie sich die Mediensebstkontrolle im eigenen Land optimieren lässt. Ich hätte mir einzig gewünscht, dass im Schlusskapitel die Ergebnisse stärker systematisiert worden wären. So hatte ich beispielsweise nach der Lektüre den Eindruck, dass das Fehlen von Instrumenten der Mediensebstkontrolle zu verstärkten staatlichen Eingriffen führt und dass bestimmte Selbstregulierungsinstrumente funktional zu anderen Instrumenten äquivalent sind. Da das Projekt jedoch erst 2013 abgeschlossen ist, arbeitet der Forschungsverbund möglicherweise bereits an der weiteren Auswertung ihrer reichhaltigen empirischen Ergebnisse. Es bleibt zu hoffen, dass uns das Projektteam an seinen Resultaten auch in Zukunft durch weitere Publikationen teilhaben lässt.

Matthias Künzler

Martin Emmer / Gerhard Vowe / Jens Wolling

Bürger online

Die Entwicklung der politischen Online-Kommunikation in Deutschland

Konstanz: UVK, 2011. – 343 S.

ISBN 978-3-86764-279-8

Die Verbreitung des Internets in deutschen Privathaushalten veränderte und verändert bis heute das Kommunikationsverhalten der Bürger. Trotz des bereits umfangreich existierenden Bestands an kommunikationswissenschaftlichen Forschungsergebnissen in sich anschließenden Themenbereichen, fehlte bislang eine Aufarbeitung gleicher Qualität und Dichte für die politische Kommunikation in Deutschland. Mit „Bürger online“ leisten Martin Emmer, Gerhard Vowe und Jens Wolling auf sehr hohem Niveau einen umfassenden Beitrag zur Schließung dieser Forschungslücke. Entstan-

den entlang des DFG-Projekts „Politische Onlinekommunikation“ untersuchten die Autoren unter Annahme von Veränderungsprozessen des Kommunikationsraumes durch das Internet die Entwicklung der politischen Online-Kommunikation in Deutschland. Im Rahmen einer Panelstudie wurden Daten aus sieben Jahren gesammelt, um die Fragen „Wie nutzen Bürger den Möglichkeitsraum des Internets für ihre politische Kommunikation?“, „Wie verändert sich dabei ihre politische Kommunikation insgesamt?“ und „Wie sind diese Veränderungen zu erklären?“ zu beantworten. Die grundlegende Bestandsaufnahme der politischen Online-Kommunikation bietet neben der Lieferung noch weiter zu analysierender Daten auch ein hohes Maß an Impulsen für Anschlussforschungen in nahezu allen sozialwissenschaftlichen Teildisziplinen.

Die Publikation ist in vier Teile gegliedert: Nach der Herleitung des Forschungsgegenstandes und der detaillierten Darlegung des analytischen und methodischen Zugangs folgt im zweiten Teil eine deskriptive Darstellung der Ergebnisse zur Entwicklung der politischen Online-Kommunikation zwischen 2002 und 2009. Dort wird u. a. gezeigt, dass die Nutzung traditioneller politischer Informationsmedien wie Tageszeitungen und Fernsehnachrichten zwar rückläufig ist, dies jedoch nicht in Zusammenhang mit der Verbreitung des Internets zu bringen ist. Die Untersuchung der generellen Online-Nutzung bringt Nutzungsklüfte entlang soziodemografischer Gruppen zum Vorschein, die sich auch für die politische Informationskommunikation bestätigen ließen. Dennoch hat die Nutzung des Internets als Quelle, insbesondere bei politischen Ereignissen jenseits des Tagesgeschäfts, zugenommen. Insgesamt spielen aber das politische Interesse und die Bildung in beiden Fällen eine übergeordnete Rolle. Die Ergebnisse zur Entwicklung der Partizipationskommunikation sind auf den ersten Blick ernüchternd. Lediglich das Online-Engagement für Organisationen hat eine deutliche Zunahme erfahren. Insgesamt wurde jedoch eine geringe partizipative Nutzung des Internets nachgewiesen.

Teil III der Publikation ist der weiterführende Analyse der Forschungsergebnisse vor theoretischem Hintergrund gewidmet. So konnte im Sinne der Mobilisierungsthese eine leichte Begünstigung der politischen Kommunikation durch Online-Formate, gerade bei Jüngeren, nachgewiesen werden. Aus diesem Befund konnte die These abgeleitet werden, dass ein Wandel der dominanten politischen Kommunikationsmuster durch die Wanderungen der

jüngeren Bevölkerungsgruppen hin zu den Älteren bevorsteht. In einem Beitrag von Angelika Fütting werden Muster politischer Kommunikation hinsichtlich Herausbildung und zeitlicher Entwicklung analysiert. Auch dies gelingt für einen ebenfalls noch wenig erforschten Themenbereich der Kommunikationswissenschaft. Insbesondere empirisch interessant ist die Ermittlung von fünf Typen politischer Kommunikation. Die größte Gruppe bilden dabei die politisch Passiven. Durch die Anlage der Studie als Panel konnten die verschiedenen Gruppen und die Dynamiken zwischen ihnen über Jahre hinweg betrachtet werden. Sie zeichnen sich durch eine hohe Stabilität aus und haben damit ihren wissenschaftlichen Erklärungswert bereits unter Beweis gestellt. Wie Nutzungsentscheidungen für die Wahl von Online-Medien für die politische Kommunikation ökonomisch erklärt werden können, wird im Anschluss an Füttings Beitrag thematisiert. Dort kommen die Autoren zu dem Schluss, dass durch den Rückgriff auf Rational-Choice Theorien zwar eine zunehmende Intensität an politischer Kommunikation vorausgesagt werden kann, Erklärungsfaktoren wie politisches Interesse und Bildung jedoch dominant sind. Durch die Abfrage eines Qualitätsurteils bezüglich politischer Informationsangebote im Internet konnte festgestellt werden, dass auch für Online-Medien zuvorderst traditionelle Qualitätsdimensionen gelten. Werden diese erfüllt, werden die Angebote auch stärker wahrgenommen. Die Publikation schließt mit einem Rückblick auf das Forschungsprogramm und einem Ausblick dazu, welche Lehren Politik und welche Folgerungen die Kommunikationswissenschaft aus den Ergebnissen ziehen können.

Das positive Fazit der Rezension ist auf mehrere Aspekte zurückzuführen: Erstens haben es die Autoren verstanden, durch eine sehr detaillierte Darlegung der Forschungsanlage bereits zu Beginn des Buches Zielsetzung und Einordnung in den wissenschaftlichen Diskurs zu verdeutlichen. Zweitens folgen nach der durchweg soliden Deskription der Forschungsergebnisse theoriegeleitete Analysen, die einen hohen Beitrag für die politische Kommunikationsforschung liefern, da die entsprechenden Theorien erstmalig auf einer breiten Datenbasis für Deutschland überprüft werden konnten. Auch konnte durch die Theorie subjektiver Qualitätsauswahl gezeigt werden, dass bestehende Theorien der Mediennutzung bzw. -selektion durch entsprechende Rekonfigurationen immer noch attraktiv sind und nach wie vor ein hohes Erklärungspotenzial aufweisen. Gelingen ist auch die Online-Begleitung des For-

schungsprogramms durch ein Blog und eine Projektwebseite, auf der u. a. die Fragebögen einsehbar sind.

Ohne den durchweg positiven Gesamteindruck der Publikation schmälern zu wollen, sollten dennoch einige kritische Anmerkungen Erwähnung finden. So überrascht zunächst die rein akteurszentrierte Herangehensweise zur Untersuchung der Online-Kommunikation der Bürger. Zum einen wird dadurch eine sozialdeterministische Sicht eingenommen, die im Spannungsverhältnis zur Grundannahme der Veränderung des Kommunikationsraumes durch das Internet steht. Zum anderen wird die Betrachtung des Internets als Pull-Medium dem interaktiven Charakter des WWW nicht gerecht, immerhin erreichen den Nutzer durch Dienste wie *Twitter* oder *Facebook* politische Nachrichten nahezu in Echtzeit, ohne dass diese aktiv angefordert werden. Zwar wird neben dem Informationsverhalten auch Partizipationskommunikation und interpersonale Kommunikation untersucht, aber gerade bei Letzterer bleibt der Rückkanal von Politik zu Bürger unbeachtet. Da die Autoren jedoch schon zu Beginn deutlich machen, das politische Kommunikationsverhalten auf der individuellen Ebene untersuchen zu wollen, und noch keine Studie mit vergleichbarer Ausrichtung sowie Umfang existiert, ist die gewählte Akteurszentrierung vertretbar.

Aus der persönlichen politikwissenschaftlichen Sichtweise bringt die Publikation interessante Erkenntnisse für aktuelle Fragestellungen rund um das Thema Internet und Politik. Demnach kann die aktuelle Popularität der Piratenpartei auf eine soziale Differenzierung zwischen den Generationen zurückgeführt werden, gehören doch insbesondere junge, internetaffine Nutzer zu ihren Unterstützern. Auch die These, dass sich politische Kommunikation zukünftig durch die Wanderung der jüngeren Generation hin zur älteren verstärkt auf das Internet verlagern wird, trägt zum Verständnis des Erfolgs der Piraten bei.

Auch wenn einige Ergebnisse auf den ersten Blick unspektakulär erscheinen, wie es die Autoren auch selbst einräumen, so war eine Studie in diesem Umfang und der umfangreichen Überprüfung zentraler Thesen der politischen Kommunikationsforschung längst überfällig und wird auch in einigen Jahren nicht an Relevanz verloren haben. Dies ist sowohl der Auswahl des Zeitraumes (Diffusion des Internets) als auch den theoriegeleiteten Analysen zu verdanken.

Marvin Bender